



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 41831 - 38
Fernschreiber 0886290

P/XIII/219 - 26. September 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	Adenauer und Kilb "Die starke Hand von ganz oben"?	37
2	Will Föderalist Schaeffer die Länder überspielen? Wieder einmal: Bund und Presserecht	35
3	Liquidation einer Kriegshypothek Zur Tagung des VdK in Bad Godesberg	51
4 - 8	Bonn - einmal anders gesehen Eine Reportage von Klaus Jelloneck	243

* * * * *
* * *

Adenauer und Kilb

sp - Seit Donnerstag fragt man sich in "einschlägigen" Kreisen der provisorischen Bundeshauptstadt, was es zu bedeuten habe, daß Bundeskanzler Dr. Adenauer ganz offentbar beabsichtige, seinen verhafteten früheren persönlichen Referenten, Ministerialrat Kilb, zu unterstützen. Die "Affäre Kilb" hat jetzt Dimensionen angenommen, die man seinerzeit, als sie der damalige sozialdemokratische Innenminister von Nordrhein-Westfalen, Biernath, eine Woche vor der Landtagswahl ankündigte, nur ahnen konnte. Während man bis Donnerstag aber immer noch glaubte, Kilb habe seinen unmittelbaren Vorgesetzten, den Bundeskanzler, getäuscht oder hintergangen, muß man jetzt annehmen, der Staatschef sei in alle Vorgänge, die zur Verhaftung seines persönlichen Referenten geführt haben, eingeweiht gewesen.

Nun sind verschiedene Versionen in Bonn entstanden, die den Grund für das Verhalten des Bundeskanzlers erklären sollen. Hartnäckig erhält sich zum Beispiel das Gerücht, Ministerialrat Kilb sei während seiner Diensttätigkeit beim Kanzler in so viele andere Affären eingeweiht worden, daß "die starke Hand von ganz oben" zugreifen müsse, um Kilb nicht so zur Verzweiflung zu bringen, daß er nicht mehr wisse, was er rede.

Eine andere Begründung für das beabsichtigte Verhalten Dr. Adenauers lautet, der Bundeskanzler sei von mehreren Personen seiner näheren Umgebung in eine Situation hineinmanövriert worden, in der er nicht mehr anders handeln könne, als es sein Pressechef vor der Bonner Presse durchblicken ließ.

Zur Erklärung dieser Version werden Parallelen aus der Vergangenheit angeführt. Man erinnert an den Fall Schroth-Scharley, in dem der Bundeskanzler auf der Grundlage ihm von Vertrauten in die Hände gespielten falschen Informationen, die später vor Gericht als Unwahrheit erwiesene Behauptung aufgestellt hatte, die beiden Sozialdemokraten hätten finanzielle Zuwendungen für Propagandazwecke aus der Sowjetzone erhalten.

Bevor es jedoch zu der entscheidenden gerichtlichen Verhandlung kam, hatte Dr. Adenauer hartnäckig die Rolle des gut informierten Regierungschefs gespielt und zunächst einmal indirekt seine Informanten gedeckt.

Die "Affäre Kilb" ist noch nicht zu Ende. Man kann sich beglückwünschen, daß die Bonner Staatsanwaltschaft sie so fest in der Hand hat. Das läßt die Hoffnung zu, daß auch die jetzt noch bestehenden Unklarheiten erhellt werden.

Will Föderalist Schaeffer die Länder überspielen?

sp - Es scheint jetzt sicher zu sein, daß Bundesjustizminister Schaeffer die Absicht hat, ein Gesetz zur Neuordnung des zivilrechtlichen Persönlichkeits- und Ehrenschutzes zunächst dem Kabinett und dann dem Bundestag zuzuleiten. Was man bisher darüber gehört hat, läßt vermuten, daß der Bundesjustizminister eine "Lex Soraya", auf innerdeutsche Verhältnisse zugeschnitten, an den Mann bringen will. Nicht nur, daß beabsichtigt ist, materielle Entschädigungsstrafen für Journalisten bei Eingriffen in die private Sphäre einzuführen - man scheint mit diesem Gesetz auch erreichen zu wollen, daß Berichtigungen ohne jeden Zusatz oder Kommentar der Redaktion veröffentlicht werden müssen.

Nun, die Fachorganisationen der Journalisten und Verleger und der Deutsche Presserat sollen Gelegenheit erhalten, zu dem jetzt vorliegenden Gesetzesentwurf Stellung zu nehmen. Es wird ihre Sache sein, den materiellen und juristischen Inhalt des Entwurfes zu bewerten.

Aber unabhängig davon stellt sich in diesem Zusammenhang noch ein ganz anderes Problem. Als im Jahre 1951 der damalige Bundesinnenminister Dr. h.c. Robert Lehr den Entwurf zu einem Bundespressegesetz vorlegte, stieß dieser auf die einmütige Ablehnung des Deutschen Journalistenverbandes und auch der Verleger. Der Grund für diese Ablehnung war die erkennbare Tendenz in dem Entwurf, der Deutschen Presse einen Maulkorb umzuhängen und den Ländern die im Grundgesetz vorbehaltene Hoheit in Kulturfragen aus der Hand zu nehmen. Jetzt scheint dasselbe Spiel wiederholt werden zu sollen.

Schaeffer ist sich bewußt, daß die gesetzgeberische Kompetenz auf dem Gebiet des Presserechts bei den Ländern liegt. Er versucht nun offenbar, auf dem Umweg über zivilrechtliche Bestimmungen die Zuständigkeit der Länder zu überspielen.

Dadurch wird der ganze Fragenkomplex zu einem Politikum, das nicht nur die Fachfragen der Presse berührt, sondern auch verfassungsrechtliche Überlegungen erforderlich macht. Zunächst ist nur von einem Referentenentwurf die Rede; Bundestag und Bundesrat werden also Gelegenheit haben, das letzte Wort zu sprechen.

+ + +

Liquidation einer Kriegshypothek

sp - In der Stadthalle Bad Godesberg tagt der Verbandstag des VdK, des Verbandes der Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und Sozialrentnern Deutschlands e.V., eine Organisation, die in neun Landesverbänden rund 1,5 Millionen Mitglieder erfaßt. Rund 47 % dieser Mitglieder sind Kriegsbeschädigte, 44 % Kriegshinterbliebene und der Rest Zivilbeschädigte. Der Hintergrund dieses Kongresses ist die Hypothek zweier Kriege und die Delegierten sind quasi die Gläubiger unserer Vergangenheit und ihrer schlechten Politik. Verständlich, daß das Hauptthema einer solchen Gläubigerversammlung die Liquidation dieser Hypothek, die rechtlichen Forderungen sind, die sie für ihre Schäden an Staat und Gesellschaft zu stellen haben.

In den bereits im Januar 1958 der Öffentlichkeit, dem Bundestag und der Regierung übergebenen Vorschlägen zur Neuordnung der Kriegsopferversorgung wurde schon deutlich an die "historische Aufgabe" - wie es Prof. Heuss einmal genannt hat - erinnert, die geistigen und sittlichen Grundlagen dieser Aufgabe neu zu ordnen. War diese Kriegsopferversorgung in den ersten Jahren des Wiederaufbaus darauf orientiert, wie die verfügbaren staatlichen Mittel den Bedürfnissen der Kriegsopfer im Einzelfall angepaßt werden könnten, so haben selbst die inzwischen verabschiedeten sechs Novellen zum Bundesversorgungsgesetz an dieser unzulänglichen Prinzip nichts geändert. Die Kriegsopfer meinen jedoch, und wie uns scheint mit Recht, daß es da, wo dem Bürger die Pflicht auferlegt ist, im Dienst für die Allgemeinheit Leben und Gesundheit hinzugeben, ihm nicht zugleich das Risiko des Verlustes von Leben und Gesundheit zugerechnet werden kann. Kriegsopferversorgung könne nicht vorwiegend soziale Hilfsmaßnahme oder gar Wohltätigkeit sein, sondern müsse einen klaren Rechtsanspruch auf gesetzliche Entschädigung und Hilfe für alle materiellen Schäden sowie ihrer sozialen und ideellen Folgen gewähren.

Nach diesen Grundsätzen, die im wesentlichen die Zustimmung des Beirates des Versorgungsrechts beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, sowie auch der Fraktionen des Bundestages, gefunden haben, ist vom VdK die Forderung erhoben, auch die Renten der Kriegsopfer und Hinterbliebenen nach dem Muster des Renten-Neuregelungsgesetzes den veränderten wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen in der Bundesrepublik, insbesondere den gestiegenen Lebenshaltungskosten, anzupassen. Diese Anpassung sollte rückwirkend ab 1.1.1958 erfolgen. Auch das Fürsorgerecht, dessen geltende Bestimmungen den heutigen sozialen Verhältnissen nicht mehr angepaßt sind, müßte geändert werden. Insbesondere sollten die Maßnahmen zur beruflichen Rehabilitation (Wiederherstellung) verstärkt werden. In der gesetzlichen Krankenversicherung soll die Aussteuerung endlich beseitigt und der unmittelbare Übergang zu den Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung sichergestellt sein. Die zur Zeit vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung erwogene Selbstbeteiligung der Krankenversicherten an den Kosten der ärztlichen Behandlung, der Arzneiversorgung und Krankenhauspflege, wird strikt abgelehnt.

Es bleibt zu hoffen, daß die Zustimmung der gesetzgebenden Instanzen zu diesen Neuordnungs-Vorschlägen der Kriegsopfer nicht leere Deklamationen bleiben. Die Hypothek, für die wir als Volk Gesamtschuldner sind, muß abgebaut werden, damit wir unseren Gläubigern, den Opfern der falschen Politik, gerade in die Augen zu sehen vermögen.

Bonn - einmal anders gesehen

Eine Reportage von Klaus Jelonck

Am Sonnabend stehen die Wohnungssuchenden von Bonn eine Stunde früher auf. Sie passen die Zeitungsfrau ab oder laufen zum nächsten Kiosk. Der morgendliche Eifer ist begreiflich: Es geht um die Blitzlektüre der Wohnungsangebote; mehr noch der möblierten Zimmer. Wer hier zu spät kommt, dem hilft für die nächsten acht Tage nichts mehr. Am Wochenende ist der "Wohnungsmarkt" in den drei Lokalblättern gut bestückt. Wer zuerst kommt, hat wenigstens die Chance, auch zuerst zu mahlen. Aber auch nur die Chance...

In Bonn klettern Mietpreise unermüdlich in die Höhe. Das tun sie zwar woanders auch, aber im "Bundesdorf" haben sie mit die besten Beine. Ein möbliertes Zimmer, das 1948 noch 20 DM kostete, kostet heute 50 - 70 DM. Wenn vor zehn Jahren der "bessere Herr" für ein Zimmer mit Zentralheizung, fließend Warm- und Kaltwasser, mit Couch, Clubsessel und Teppich 50 Mark aufwenden mußte, kommt er heute nicht mehr unter dem doppelten und dreifachen Preis davon. Sind möblierte Zimmer meistens noch ohne Mietvorauszahlung zu haben - selbstverständlich ist das längst auch nicht mehr - so muß man doch beim Mieten einer ganzen Wohnung einige Tausende auf den Tisch des Hausherrn blättern können. Die scharfe Bewerberkonkurrenz treibt auch die Vorauszahlungen in die Höhe.

Wer zahlt, gewinnt

Die Spaßvögel sagen, in Bonn gäbe es heute mehr Autos als Wohnungen. Das stimmt natürlich nicht. Zwar ist Bonn - nach Frankfurt - die auto-reichste Stadt, aber Wohnungen gibt es doch noch mehr, nämlich 36 000. 16 000 Wohnungen sind zwar nach 1945 neu- oder wiederaufgebaut worden - der Fehlbedarf liegt immer noch bei 10 000. Die Stadtväter sind schon froh, daß heute wenigstens im Durchschnitt ein Raum auf eine Person kommt.

Mit dem bewirtschafteten Wohnraum ist nicht mehr viel anzufangen. Das merkt man deutlich, wenn man zum Wohnungsamt kommt. Die Publikums-schlangen werden immer kürzer. Früher arbeiteten im Wohnungsamt fast 90 Angestellte - jetzt machen elf Leute, einschließlich Stenotypistinnen, die saure Arbeit. Die Wohnungssuchenden sind hier säuberlich registriert, aber sie rennen das Amt nicht mehr ein. Zu selten werden Wohnungen frei; die Behörde kann den Vermietern die Mieter praktisch nur noch empfehlen. Die Hausbesitzer haben ihr Vorschlagsrecht: sie finden entweder selbst einen zahlungskräftigen Mieter, der die gängigen "Instandsetzungskosten" für die bewirtschaftete Wohnung zahlt und ihnen im übrigen sympathisch ist, oder vier von den fünf vom Wohnungsamt vorgeschlagenen Bewerbern müssen unverrichteter Dinge wieder abziehen. In der Regel sind es die sozial Schwachen, die Wenigverdiener. Wenn irgendwo eine Hausfrau die Fenstergardinen zum Waschen abnimmt, fragen eine halbe Stunde später die ersten Wohnungssuchenden im Hause nach, ob jemand ausziehe.

Das Wohnungsamt hat seine "schweren Fälle": große Familien, die notdürftig irgendwo in Untermiete leben, Familien, die nur einen Raum haben, Kranke und Hilfsbedürftige. Sie sind am schwersten unterzubringen. Nur

wenn für jemanden Lebensgefahr besteht, kann er nach Paragraph 15,6 des Wohnungsbewirtschaftungsgesetzes zwangseingewiesen werden. Aber das geht selten friedlich ab; die Vermieter verstehen, sich zu wehren. Wer länger als zwei Jahre in Bonn Wohnung sucht, bekommt eine Dringlichkeitsbescheinigung. Viel hilft die auch nicht.

Der jeweilige Leiter des Wohnungsamtes - in den letzten drei Jahren hat die Leitung dreimal gewechselt - hat mehr Kummer bei seiner Arbeit als alles andere. Er muß höllisch darüber wachen, daß Wohnräume nicht zweckentfremdet vermietet werden. Würde die Bewirtschaftung aufgehoben, verwandelte sich wahrscheinlich der größte Teil der freiwerdenden Wohnungen in Büros. Bonn ist ja der Hauptkampfplatz der Verbände und "Bundes-Dachorganisationen", der Kontaktleute und der Lobbyisten.

"...werde ich eine Baracke bauen"

Der Fall ist typisch: Eine sechsköpfige Familie sollte in eine größere Altbauwohnung - gelegen in einer hübschen Wohngegend - einziehen. Das Wohnungsamt hatte entsprechend verfügt. Der Hausbesitzer aber wehrte sich mit Händen und Füßen. Er hatte einen besseren Mieter zur Hand, die Gesandtschaft eines kleinen fernöstlichen Staates. Sie bot ihm 400 Mark Monatsmiete und wollte außerdem die Wohnung schön herrichten. Auf die Frage, was denn dann aus der sechsköpfigen Familie werden sollte, meinte der Hausbesitzer großzügig: "Der werde ich draußen eine Baracke bauen". Der Hausbesitzer hat außerhalb von Bonn Grundbesitz. Wäre es nach ihm gegangen, hätte er alle anderen Mieter auch noch in der Baracke untergebracht. Als er einem Mieter aus heiterem Himmel kündigte und dafür den Vertreter eines großen rheinischen Stahlwerkes einziehen ließ, einen ehemaligen Oberst, begründete er das schmerzhaft: "Der Mann zahlt mehr".

Ausgezeichnete Geschäfte machen Bonner Vermieter mit möblierten Wohnungen. Bis in verkehrsungeeignete Vororte hinein werden fleißig Dachkammern und Bodenräume, die bisher dem Wäschetrocknen dienten, zu Wohnungen umgebaut. Wen werden schon bei dieser Wohnungsnot die schrägen Wände stören! Ein paar alte Möbel kommen hinein, die beiden Sessel, auf denen die Vermieter seit zwanzig Jahren gesessen haben, die alte Prieserkommode und, wenn's gut geht, zwei neue Betten billiger Qualität. Richtet der Vermieter gar noch eine Duschzelle ein, darf er das Ganze am nächsten Tag als "möbliertes Appartement" für 170 Mark im Monat zur Vermietung anbieten. Die am wenigsten Verschämten schreiben dann noch in ihre Offerte im Lokalblatt: "Diplomaten oder Bundesbedienstete bevorzugt, Mietvorauszahlung für ein Jahr erwünscht."

Bonn hat heute genau 141 479 Einwohner - vor dem Krieg waren es 100 000. Heimatvertriebene, Flüchtlinge und der "hauptstadtbedingte Zuwachs" der Jahre nach 1948 machen die Differenz. Der "hauptstadtbedingte Zuwachs" brachte rund 25 000 Menschen nach Bonn - 25 000 Menschen, die Wohnraum brauchen. Es würde ein schiefes, ein unvollständiges Bild geben, rechnete man nicht die anderen 25 000 "Hauptstadtbedingten" hinzu, die in der Umgebung Bonns wohnen. Allein Bad Godesberg verdoppelte seit 1945 seine Einwohnerzahl; die alte Badestadt zählt heute 60 000 Seelen. Hier wohnen die meisten Prominenten: zu den wohlhabenden Pensionären sind die ausländischen Diplomaten gekommen, Regierungsbeamte, Leute vom Lobby. Man spricht besser nur vom Raum Bonn, wenn man ein Bild davon haben will, wieviele Menschen das Weiße Haus am Rhein angezogen hat. Die umliegenden Orte verstädtern, sie wachsen in die Wälder hinein, in die Berge. Der Raum Bonn hat um 100 000 Einwohner zugenommen.

Die Fassaden tauschen

Es vergeht kein Tag, an dem nicht Besucher nach Bonn kommen - Tausende manchmal. Die Reiseomnibusse quängeln sich mühselig durch die engen Gassen, fahren langsam durch die Prachtstraße, die "Koblenzer"; die Reiseführer erklären, welche Ministerien das sind, die sich hier hochrecken, wieviele Leute sie beschäftigen und wie der Herr Minister heißt. An der Villa Hammerschmidt geht es vorbei, am Kanzlerpalais Schaumburg. Und dann natürlich das Bundeshaus! Aha, sagen die Leute, hier wird also die Politik gemacht. Sie begucken sich den Stuhl, auf dem Adenauer sitzt, und sie lassen sich die Oppositionsbänke zeigen. So ein leerer Plenarsaal - besichtigt wird ja nur, wenn es im Hause einigermaßen ruhig ist, vor allem in den Parlamentsferien kommen ganze Pilgerzüge - legt sich auf den Magen: die Reisenden bekommen schnell Kaffeedurst, den ihnen das Bundeshausrestaurant zu verhältnismäßig zivilen Preisen löscht.

Bonn macht auf seine Besucher keinen überwältigenden Eindruck, aber sie kommen doch zu dem Schluß, daß es den Leuten hier allgemein recht gut gehen müßte. Nicht gezeigt werden ihnen die Baracken und die Primitivwohnungen im Norden der Stadt, die Bunker, in denen Studenten leben, die Notunterkünfte für Flüchtlinge.

Wer erfährt, daß in der Vorstadt, in Dransdorf und Enderich, 750 Flüchtlinge leben? Ein Teil von ihnen karpziert in Baracken, der andere in einem Kneiper-Tanzsaal, der nie leer wird. Im Zuweisungslager Hamburg-Wandsbeck warten heute schon die nächsten 800, um nach Bonn eingeschleust zu werden. Dieser Flüchtlings-Tanzsaal in der Bonner Vorstadt ist eine Sache für sich. Man hat ihn in Kabinen aufgeteilt, Pappwände trennen eine Familie von der anderen. Viele Kabinen haben kein Fenster, kein Tageslicht. Wer hier zu leben gezwungen ist, weiß die Ehre nicht zu schätzen, Bürger der Bundeshauptstadt zu sein.

Der durchschnittliche Aufenthalt im Tanzsaal und in den Baracken beträgt 2 Jahre. Früher können die Flüchtlinge nicht in Wohnungen untergebracht werden. Die Alt-Bonner haben jahrelang dagegen gewettert, daß ihnen neben dem "hauptstadtbedingten Zuwachs" auch noch die Flüchtlinge den Wohnraum wegnehmen. Manche Jungverheirateten müssen noch bei den Eltern wohnen, wenn schon das zweite Kind unterwegs ist. Seit einiger Zeit wird eine Kompromißlösung praktiziert: Wohnungen, die an sich mit Staatsmitteln für Flüchtlinge gebaut werden, werden an Einheimische vergeben, die unzureichend untergebracht sind; die Flüchtlinge ziehen in die freiwerdenden Altbauwohnungen.

Wer hat eine bewirtschaftete Wohnung am nötigsten? Stöhnte der vorletzte Wohnungsamtsleiter: "Ja, wenn Sie noch blind wären oder ein totaler Krüppel, dann würde es schneller gehen mit einer Wohnung...". Der Antragsteller hatte nicht genug "Geschädigten-Eigenschaften", obwohl er in einer Person Heimatvertriebener, Sowjetzonenflüchtling, Spätheimkehrer, politisch Verfolgter und 50-Prozent-Schwerbeschädigter war.

Der tyrannisierte Untermieter

Die Makler Bonns haben in ihren Büros Fahrpläne der öffentlichen Verkehrsmittel zur Hand. Wenn sie eine zehn oder fünfzehn Kilometer weit entfernte Wohnung anbieten - das sind die meisten heute verfügbaren -, der soll gleich wissen, wieviel Stunden er täglich fürs Pendeln zwischen Wohnung und Arbeitsplatz braucht. Auch Lastenausgleichswohnungen werden selten ohne Mietvorauszahlungen vergeben, nur die Richtpreismiete muß hier eingehalten werden. Für die Vermittlung kassiert der Makler zwei bis drei Monatsmieten, das ist ein gutes Geschäft. Zwei unseriöse Makler sind in den letzten Jahren aufgefliegen: sie haben im voraus hohe Vermittlungsgebühren für Wohnungen kassiert, die gar nicht vorhanden waren.

Unter den Vermietern möblierter Zimmer gibt es wahre Hyänen. Sie nutzen die Konjunktur auf ihre Weise. Schließlich findet sich immer noch jemand, der für ein aufs jämmerlichste eingerichtetes Durchgangszimmer seine 60,-- Mark zahlt. Ehepaare sind für sie von vornherein suspekt. Die Frau könnte doch mal heimlich im Zimmer eine Suppe kochen, vielleicht will sie gar Wäsche waschen, vielleicht bekommen die Leute gar mal ein Kind ...

Die meisten Zeitungsofferten sehen karzlos aus - was dahintersteckt merkt der Zimmersuchende bei der ersten Vorstellung im Hause seiner Majestät, des Wirts. "Ich muß darauf dringen, daß Sie hier nicht rauchen!", "Nach zehn Uhr dürfen Sie die Toilette nicht mehr benutzen!", "Damenbesuch ist bei mir grundsätzlich verboten - auch am Tage!", "Die Bettwäsche müssen Sie mir aber im Laufe des nächsten Jahres ersetzen!", "Vor allem wünsche ich Ruhe. Das Anstellen eines Radios kann ich nicht erlauben!", "Wenn Sie auf Ihrer Schreibmaschine klappern wollen, dann suchen Sie sich nur ein anderes Zimmer!"

Ein junges Ehepaar ging vors Gericht, um gegen die Zumutungen der Wirtin zu klagen. Für zwei kleine möblierte Zimmer zahlte es 150,--DM Miete und mußte außerdem noch Dienstleistungen verrichten: das ganze Haus fegen, Fenster putzen, Reparaturen vornehmen. Als die jungen Leute einzogen, wurden bereits "einige Handreichungen" verlangt. Wer sagt so etwas nicht zu, wenn er sich in einer Zwangslage befindet? Aber dann wuchsen sich die "Handreichungen" immer mehr aus. Eines Tages verlangte die Wirtin sogar, daß die Untermieter ihren Hund spazieren führen sollten, "... wo Sie doch so billig bei mir wohnen". Da platzte den Ausgeworteten die Geduld.

Dienstleistungen, die neben der Miete gefordert werden, reichen vom Tapezieren des Hausflurs bis zum regelmäßigen Lebensmitteleinkauf für den Wirt, der oft für sein möbliert vermietetes Zimmer mehr bekommt, als er für die ganze Wohnung an Miete zu zahlen hat.

Studenten im Bunker

Bonn ist auch noch eine Universitätsstadt. Vor Semesterbeginn, im Frühjahr und im Herbst, setzt regelmäßig die "Studentenjagd" ein. Sie wird immer strapaziöser, weil der Student mit den Berufstätigen nicht konkurrieren kann. Es ist schließlich ein Unterschied, ob einer tausend Mark im Monat und mehr verdient oder ob er - wie die Mehrheit der Studenten - mit weniger als 200,-- Mark auskommen muß. Wer sich einmal umsieht, wie ein großer Teil der 9 000 Bonner Studenten wohnen muß, dem stehen die Haare zu Berge.

Überall stößt der Student auf seine überlegene Untermieter-Konkurrenz: Bundesbeamte, Verbandsangestellte, gut verdienende Stenotypistinnen, Bundeswehrsoldaten. Als sich in Bonn das Verteidigungsministerium etablierte, wurde vorübergehend die Lage für die Studenten beängstigend. Damals schrieb das Nachrichtenblatt der Studenten: "Mit Geld und Soldaten vertreibt man den letzten Rest Verstand aus Bonn."

Würde die Universität nicht ein eigenes Wohnungsamt unterhalten, stände es schlimm. "Ich habe bisher noch jedem Studenten versprochen können, daß er nicht aus Verzweiflung in den Rhein springen muß", sagt die Leiterin, eine resolute Dame. Die Hälfte aller Studentenzimmer wird durch das Universitätswohnungsamt vermittelt. Zur Ehre vieler Bonner "Studentenmuttis" sei es gesagt: sie verzichten auf ein paar Zehnmark-scheine mehr an Miete und bleiben bei ihren "jungen Dokters". Wenn nur alle so wären! Das Wohnungsamt der Universität mit seiner 5 000 "Buden" umfassenden Kartei ist stolz auf seine Leistungen. 165 Studenten Bonns sind vor den Zimmerwirten und ihren hohen Mieten in die Bunker geflüchtet, die der Krieg überiggelassen hat. "Studentenwohngemeinschaft Theaterstraße e.V." steht an den ersten. Es handelt sich um einen zweigeschossigen Tiefbunker, nahe am Rhein gelegen, Trümmer ringsum, die allmählich Neubauten Platz machen. Der andere ist ein Hochbunker am Fuße des Venusbergs, wo die "besseren Leute" wohnen. Man kriecht es mit der Angst, steigt man die schmale Treppe hinunter. Es sieht aus, wie nach dem letzten Bomberangriff. Nackte, schwachwattige Glühbirnen beleuchten ein düsteres Labyrinth von Gängen. Zelle an Zelle. Nach dem Kriege war der Bunker eine zeitlang Gefängnis - jetzt wohnen hier 115 Studenten. Wenn der Rhein Hochwasser führt wird die untere Etage des Tiefbunkers naß.

Viele Bunker-Studenten haben sich ihre winzigen Zellen hübsch ausgestattet. Mit Privatmöbeln, denn die Räume werden leer vermietet. Manche leben seit Jahren hier unter der Erde, ohne Sonne. Tag und Nacht, Sommer und Winter schmelzen in diesen Betonklötzen zusammen. Von den wenigen Ehepaaren abgesehen - sie dürfen Doppelzellen benutzen - wohnen nur Männer im Bunker. Für die etwa 5 Quadratmeter große Wohnzelle zahlt der Student 11,-- Mark im Monat - 5,-- DM für Miete und 6,-- DM für "Verbrauchskosten."

Und das Überraschende: die Bunkerstudenten sind nicht einmal sonderlich unzufrieden. Natürlich würden sie lieber in einem der modernen Studentenheime Bonns wohnen, aber die sind mit ihren rund tausend Plätzen restlos belegt. "Für elf Mark können wir nirgendwo sonst wohnen", sagen sie. "Hier sind wir wenigstens so etwas wie Hauptmieter, hier sind wir frei; keine Wirtin kann uns das Leben sauer machen." Bis zur Universität haben die Studenten nur zehn Minuten zu laufen - manche ihrer in den umliegenden Dörfern wohnenden Kollegen verbringen täglich Stunden auf den Verkehrsmitteln.

* * *

Nichts charakterisiert die Wohnraumnot in der Bundeshauptstadt besser als diese von Studenten bewohnten Bunker. Die Besucher, die nach Bonn kommen, sehen sie nicht. Sie wissen nichts von dem Mietwucher, der auf diesem Freibausboden prächtig gedeiht und den Sorgen Zehntausender ums liebe Dach überm Kopf. Die Bundeshaus-Führer sagen ihnen nur: "Dort auf diesem Stuhl sitzt bei wichtigen Plenarsitzungen der Herr Bundeskanzler". Der Rest ist fröhliche Rheinpartie, Siebengebirge, Drachenfels und die schöne Genugtuung, auch mal da gewesen zu sein, wo "die Politik gemacht" wird.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel